

## **Protokoll Bundesweites Treffen ABSP 10.10.2009 in Magdeburg**

Anwesend: Über 30 MitstreiterInnen aus Aschersleben, Braunschweig, Bremen, Dresden, Fürstenwalde, Gießen, Göttingen, Halle (Saale), Hannover, Leipzig, Magdeburg, Minden, Potsdam und Wittenberg.

Beginn: 12.30

Ende: 16.30

### **Vorgeschlagene Tagesordnung:**

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung und weitere Formalia.
2. Die Lage nach der Bundestagswahl - den Widerstand verstärken (Eröffnung mit kurzem Input von Christoph Spehr und anschließende Diskussion)
3. Aktuelle Kampagnen
  - a) 500 Euro
  - b) Sanktionsmoratorium
  - c) Aktionstag, lokale Antikrisenbündnisse
4. Sozialforum im Oktober und Aktionskonferenz Mitte November
5. Aktuelles

### **TOP 1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, und weitere Formalia**

Begrüßung durch Dirk Rumpf, welcher auch schon den Teil der Versammlung am Vormittag moderiert hat.

Eröffnung des zweiten Teils durch Edgar Schu, er übernimmt ebenfalls die Moderation, Protokoll Michael Wengorz

Antrag durch Edgar Schu zur Aufnahme in die Tagesordnung:

- Koordinierung der Aktivitäten mit der Friedensbewegung
- Bereitschaft zur Mobilisierung von Aktionen zur Freilassung von Mumia Abu Jamal

Außerdem als Teil von diesem TOP 1, "weitere Formalia", Vorstellungsrunde.

Vor dem Start der eigentlichen Tagesordnung:

- Antrag durch Jochen Peiler zur Solidarität mit Elke Reinke. Schon im Vormittagsteil war über dieses Thema gesprochen worden, und daraus resultierte die Idee einer Solidaritätserklärung, welche sich an die Partei Die Linke auf den verschiedenen Ebenen richtet.  
(wurde später bei 2 Enthaltungen fast einstimmig verabschiedet)

Pia Witte scheidet aus dem KoKreis des ABSP aus.

**Pia Witte** (Leipzig):

- Fraktionsvorstand im Stadtrat Leipzig, Mitglied Sozialausschuss, Petitionsausschuss, Drogenausschuss, Jugendausschuss, ARGE- Beirat, Aufsichtsrat der städtischen Altenheime
  - Mitglied des SprecherInnenrates der BAG Hartz IV
  - Vorbereitung einer großen Europäischen Veranstaltung anlässlich Jahr der Armut 2010 (u.a. Organisation der Teilnahme von Delegationen von osteuropäischen Ländern)
- Rückblickend auf die Aktivitäten rund um den 17.9.09 weist sie darauf hin, dass die Checkpoint-Charly-Aktion der Linken auch Heinrich Alt (Vorstand der BA) beeindruckt hat.  
Um zu viele Arbeitsfelder und damit verbundene Überforderung zu vermeiden, scheidet sie aus dem Kokreis aus.

Edgar bedankt sich bei Pia für die lange Zeit sehr engagierte Mitarbeit im Kokreis.

Und er weist noch darauf hin, dass sich selbstverständlich jederzeit MitstreiterInnen für die Mitarbeit im Kokreis melden können. Voraussetzung dafür sei lediglich, dass man vor Ort in seiner Region in

den Sozialprotesten aktiv sei und dass man an einen Internetanschluss heran käme.

Anmerkung: Später gaben Martina Dietze (aus Gröditz bei Dresden) und Dieter Weider (Magdeburg) bekannt, dass sie sich an der Arbeit des Kokreises beteiligen wollen.

### **Vorstellungsrunde und Infos aus dem Bundesgebiet:**

#### **Micha Wengorz, Halle:**

ver.di- Mitglied, BezEA, LEA, BAG-PLESA, Teilnehmer bei der Nationalen Armutskonferenz

#### **Hannover (4 Teilnehmer):**

- Aufbau eines eigenen Vereins Hilfe zur Selbsthilfe
- 19.10. Aktion zum § 44 des SGB X (Hinweis auf die Verhandlung in Karlsruhe am 20.10.)
- Vorschlag, nächstes bundesweites Treffen in Hannover zu machen. Termin Januar (9.1.10)

#### **Minden (2 Teilnehmer):**

- ein Mitglied Netzwerk Grundeinkommen
- Erwerbslosenselbsthilfeverein MALZ, öffentliche HartzIV-Beratung, Frühstückstreff, lokal politische Intervention gegen Optionskommunen
- spontane Unterstützung durch Nicht-Organisierte bei Wahlkampfprotesten

#### **Dirk Rumpf (Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt)**

- RLS bietet vom 13. bis 15.11. in Berlin die Möglichkeit einer **Schulung** bei Ruth Frey an, in Richtung **Team-Leiter und Moderation**, Preis normal 75 Euro, für Hartz IV-Betroffene 25 €

#### **Gießen**

- eindeutige Stellung gegen den Krieg in Afghanistan
- 9.11. findet ein Mahnmarsch statt

#### **Magdeburg (mind. 4 Teilnehmer)**

- Montagsdemo durch die Dominanz der MLPD gespalten
- Vertreter der Linken haben sich zurückgezogen
- andere machen auch als Nicht-MLPD-Mitglieder weiter
- Demos sind gut organisiert
- ehemaliger Fallmanager wurde selber erwerbslos und dann in Montagsdemo aktiv
- ein Vertreter von attac

#### **Aschersleben**

- Montagsdemo mit sehr differierenden Teilnehmerzahlen
- Flashmobaktion im E-Center (soll auf jeden Fall per Rundmail bekannt gegeben und auf der Homepage des ABSP dargestellt werden)

#### **Göttingen**

- Edgar steckt weniger Kraft in die lokale Montagskundgebung als in die bundesweite Vernetzung. Montagskundgebung in Göttingen sei u.a. daher leider ziemlich klein (ca. 10 Personen).
- Kurze Stellungnahme zu den bundesweiten Aktivitäten:
- Schwerpunkt Kampagne für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn. Sozialproteste haben durchaus Gewicht: Linke wollte 2008 Hartz IV als Thema beiseite schieben. Hartz IV stand nun aber im Mittelpunkt des Bundestagswahlkampfes fast aller Parteien. Ebenso wie 500-10 sei wichtiges Merkmal des Aufrufs für ein Sanktionsmoratorium (ursprünglich initiiert von Berliner Anti-Hartz-Kampagne), dass Interessen aller Lohnabhängigen (ob mit oder ohne Erwerbsarbeitsplatz) zusammen gedacht würden und dadurch gesellschaftlich breite Unterstützung gewonnen werden könne.

#### **Wittenberg**

- Montagsdemo mit unterschiedlichen Zahlen (3 bis 5 manchmal bis 30, Kern ca. 20)

- Hartmut in der BAG Hartz IV tätig
- Zielvereinbarung für Bundestagskandidaten
- gegen eine Nazipräsenz auf dem Markt kam es zu einer Spontandemo (5 Personen), staatliche Repressionen sind wegen eines zufälligen Banners bzw. ähnliches noch zu erwarten

### **Fürstenwalde**

- Wahlkampf der Linken in Brandenburg hatte keine Ausrichtung gegen Hartz IV und für ein Sanktionsmoratorium, es gehe nun offenbar um Regierungsbeteiligung
- Störmanöver gegen die SPD wurden von Seiten der Linken nicht mehr gewünscht.

### **Braunschweig** (6 Teilnehmer, u.a. attac)

- (Suppen-)Küche mit Ein-Euro-Jobbern
- macht wöchentlich Hartz-IV-Beratung
- Aktionen in der ARGE geplant

### **Potsdam**

- am 2.9. Verein Solidar aktiv e.V. gegründet, Aktiv gegen Ausgrenzung
- aktiv auf der Landesarmutskonferenz
- LAG solidarische Ökonomie
- aktiv in der BAG Arbeitsgesetzbuch

### **Dresden** (3 Teilnehmer, u.a. Linke)

- Mitstreiterin weist darauf hin, dass es Erfolge im Sprachgebrauch gebe, anstelle von Arbeitslosen spricht man nun von Erwerbslosen, statt sozial Schwachen von finanziell benachteiligten Menschen
- Initiative anrechnungsfreies Kindergeld
- Sozialticket
- BAG Hartz IV
- LAG Hartz IV
- Martina bietet ihre Beteiligung am KoKreis an

## **TOP 2. Die Lage nach der Bundestagswahl**

### **Beitrag von Cristoph Spehr (die LINKE Bremen)**

(Mitglied der BAG Hartz IV und der Emanzipatorischen Linken)

(hatte schon am Vormittag einen Beitrag zum Verhältnis von Parteien und Bewegungen gehalten)

- die von der sozialen Bewegung geforderte Triade war anfangs der Partei schwer vermittelbar
- auch die Teilnahme am Bündnis 28.3. war schwierig
- nachdem das Parteiprogramm abgeschwächt wurde, war eine Zusammenarbeit einfacher
- nach der abgewirtschafteten Großen Koalition ist die unmittelbare Zukunft unklar (die FDP wird versuchen, das Bürgergeld durchzusetzen, die CDU würde durch das Bürgergeld die Wahlen in NRW verlieren),
- große soziale Probleme werden durch die Schuldenbremse der großen Koalition entstehen, diese sind in den Ländern und Kommunen zu lösen
- Finanzkrise ist längst noch nicht abgeschlossen, die Entlassungen werden erst nach der Wahl durchgesetzt (EU- und Bundesrecht haben die Weichen für die Prekarisierung gestellt),
- neue, noch schärfere Gesetze sind gar nicht mehr nötig, es ist nicht nötig, „noch was drauf zu legen“, die Regierung kann die Mechanismen, die Rot-Grün und Schwarz-Rot vorbereitet haben, wirken lassen;

#### **4 Punkte:**

allg. Widerstand, lokale Aktionen, inhaltliche Auseinandersetzung und Vorbereitung einer großen zentralen Aktion (über Netzwerk mit anderen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien)

### **Lutz Fürstenwalde**

alle sprechen von der Bildung, keiner mehr vom gesetzlichen Mindestlohn

### **Leipzig**

20 Mio. wurden bei den KdU eingespart

### **Hannover (Jochen)**

Mietspiegel wird erarbeitet

### **Dirk Rumpf (RLS)**

- Argumente gegen das Bürgergeld
  - Marxzitat: Widerspruch des Anteils zwischen gegenständlicher und nicht gegenständlicher Arbeit
  - Kapitalismus sektorenweise abbauen
- „aus dem kapitalistischen Haus schaut der Sozialismus heraus“

### **Edgar Schu**

Hinweis auf die Konferenz vom 13. bis 15. November in Stuttgart und auf die Analyse von Rainer Roth „Sie kriegen den Karren nicht flott“

### **Sabine (Potsdam)**

Wohnungsproblematik wurde bei der Nationalen Armutskonferenz angesprochen (gegen Pauschalisierung und für Recht auf eine Wohnung)

### **Bedrohung durch das Bürgergeld**

#### **Hartmut (Wittenberg)**

Warnung vor dem Bürgergeld, praktisch könne dies auf eine wesentliche Verschlechterung im Vergleich zu den Leistungen aus dem SGB II u. ä. herauslaufen

#### **Günther (Hannover)**

plädiert für die Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens, jedoch soll es viel mehr sein als z.B. das Bürgergeld in Thüringen, von Althaus vorgeschlagen

#### **Weiterer Teilnehmer aus Magdeburg**

breiteres Bündnis, z. B. mit den Gegnern der Baumaßnahmen an der Elbe und mit dem Bündnis Freie Heide

### **Lutz**

Stellt dar, dass die wichtigste ideologische Waffe der Gegenseite (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft u.a.) das Reden von der sogenannten "Armutsfalle" sei. Die Behauptung, dass Menschen nur in Erwerbslosigkeit in Armut gehalten würden. Dass sie also mit allen Mitteln gezwungen werden müssten, aus der Erwerbslosigkeit heraus zu kommen, egal zu welchem Lohn und dass Sozialleistungen zu diesem Zweck gekürzt werden müssten.

Bürgergeld ist steuerfinanzierte Lohnsubvention. Die Parteien, die es fordern, wollen allerdings nicht, dass Gutverdienende, Vermögende und Unternehmen höher besteuert werden. Also soll die Lohnsubvention durch die Erwerbstätigen selbst bezahlt werden.

Das Europäische Puzzle ist (nur) eine Medienmasche. Tatsächlich werden Wünsche deutscher Politiker über den Umweg von Brüssel gegen die Bevölkerung durchgesetzt.

### **Martina**

eindeutiges Nein zum Bürgergeld, ja zum Mindestlohn von 10 Euro

### **Edgar**

Weist darauf hin, dass die Notwendigkeiten, die sich aus den bisherigen Beiträgen ergeben, durch die drei Aktivitätsschwerpunkte, die in den letzten Monaten im Rahmen des ABSP verbreitet wurden, weitgehend erfüllt werden:

- Kampagne für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn (höheres Mindesteinkommen für alle Menschen, von Erwerbslosen und Erwerbstätigen gemeinsam durchzusetzen)

- Kampagne für ein Sanktionsmoratorium gegen Hartz-IV-Repression
- Beteiligung an den Aktivitäten des Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise!" und am Aktionstag am 17. September, damit mehr Aktionen der verschiedenen Bewegungen vor Ort gemeinsam laufen (auch Umweltbewegung und soziale Frage gemeinsam) und zur Stärkung der lokalen Bündnisse

### **Detlef**

streicht heraus, dass er entschieden gegen das Bürgergeld ist, weil das Bedingungslose Grundeinkommen etwas prinzipiell anderes ist

### **Christopher (Minden)**

gegen Bürgergeld, da es ein neoliberales Konzept ist. Gegen den Neoliberalismus bei jeder sich bietenden Gelegenheit vorgehen, jede Erscheinungsform des Neoliberalismus benennen und öffentlich anprangern.

### **Dresden**

Bedingungsloses Grundeinkommen, aber existenzsichernd

### **Dirk Rumpf (RLS Sachsen-Anhalt)**

Kritik am Flugblatt von Rainer Roth "Sie kriegen den Karren nicht flott..." (Aufruf des Bündnis 31. Januar)

Eine Position, dass aufgestellte Forderungen "keine Schritte zu einer solidarischen Gesellschaft" seien, sei für Aufklärungsarbeit auf der Straße kaum geeignet

### **Micha**

- NAK Wohnrecht und volle Mietstützung, keine Pauschalierung
- mind. 500 Euro Eckregelsatz
- Bürgergeld wie auch das Bedingungslose Grundeinkommen führen zur Pauschalierung der Lohnnebenkosten (neuer Kombi-Lohn, kein Tarifikampf mehr möglich, richtet sich gegen die Gewerkschaften)
- Bitte um Unterstützung bei der Verfassungsbeschwerde von Diana Henrich

### **Jochen**

Thüringen bietet 1360 € bei 30 Wochenstunden in öffentlich geförderten Jobs

## **TOP 3 Aktuelle Kampagnen**

### **TOP 3a 500-Euro- Eckregelsatz**

#### **Edgar**

analog zur Kampagne gegen die Kinderarmut durch Kürzungen bei den Kindern soll Hartz IV entlarvt werden

Der Angriff soll auch dieses Mal an der schwächsten Stelle erfolgen. Kein Politiker werde sagen wollen, dass Mangelernährung gewünscht sei. Aber er könne es auch nicht abstreiten, dass Hartz-IV-Eckregelsatz 359 Euro Mangelernährung bedeute. So sollen wie für die Kinderplattform für den 500 Euro Eckregelsatz Unterschriften von Organisationen und bei den großen Organisationen Unterschriften von den Untergliederungen der Organisationen gesammelt werden. Ebenso sollen Einzelunterschriften von Bürgern gesammelt werden.

### **TOP 3b Sanktionsmoratorium**

- die Unterschiede zu den beiden Petitionen wurden erläutert,
- positiv wurde die Unterstützung des Sanktionsmoratoriums durch Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, VertreterInnen der Wohlfahrtsverbände und Frank Bsirske eingeschätzt
- Edgar betont auch hier, dass Organisationsunterstützungen eingeworben werden sollten, um Druck auf die Regierung aufzubauen

### **TOP 3c Aktionstag, lokale Antikrisenbündnisse**

Bündnis 28.März, jetzt sind lokale Antikrisenbündnisse erforderlich

#### **Dirk**

Rosalux ist ein Bildungsträger. Dirk distanziert sich von den sperrigen Formulierungen im Aufruf des Bündnis 31. Januar. Die Rosalux könne damit nicht arbeiten, weil man damit den Menschen auf der Straße nichts vermitteln könne.

#### **Jochen**

Umformulierung zum "Wir", "Sie" ist unpersönlich. Aufruf könnte die Leute aus einer Wir-Perspektive besser ansprechen.

#### **Edgar**

Verteidigt die Formulierung im Aufruf „Sie kriegen den Karren nicht flott...“. Denn die Aussage herüber zu bringen, dass keine Lösung gemeinsam mit dem Kapital möglich sei, sei so wichtig, dass auch solche ungewohnten Formulierungen "diese Forderungen sind keine Schritte zu einer solidarischen Gesellschaft" notwendig sein können.

#### **Lutz**

gegen Aktionismus

### **TOP 4 Sozialforum, 15. bis 18. Oktober, und Aktionskonferenz 13./15.11. in Stuttgart**

Einschätzung, dass die Frist bis zum Sozialforum im Wendland sehr kurz sei. Vielleicht bietet die Konferenz in Stuttgart Gelegenheit für Austausch zwischen lokalen Antikrisenbündnissen unterschiedlicher Städte und Regionen.

### **TOP 5 Aktuelles**

Hier wurde nichts besprochen.